

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26 36. Jahrg.

29. Juni 1923

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementssatz 1200 Mk. exkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 3090 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Röniger, Berlin N 24 Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1500.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Arbeitsmarktanzeigen 1100.- Mk. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 750.- Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Erhöhung des Verbandsbeitrages ab 1. Juli 1923.

In Nr. 25 der „Graphische Presse“ schrieben wir, gestützt auf den Beschluß der außerordentlichen Tagung des Verbandsbeirates vom 17. Juni den Verbandsbeitrag für Vollmitglieder mit Mk. 4500,- und den der übrigen Mitglieder nach den statutarischen Festsetzungen aus.

Die Entwicklung hat in kurzer Zeit mit sich gebracht, daß diese Beitragsausschreibung durch die tatsächlichen Verhältnisse überholt ist, ehe der Beitrag zur Einführung gelangte. Der Verband würde deshalb, wollten wir bei den Ziffern dieser Ausschreibung verbleiben, einen Verlust an Einnahmen haben, der die jetzigen Reserven um mindestens die Hälfte vermindern müßte.

Einen solchen Verlust können wir aber ohne Gefahr für die Zwecke des Verbandes nicht tragen. Wir können das um so weniger, als alle Umstände darauf deuten, daß der Verband vor großen außerordentlichen Aufgaben steht. Deshalb haben wir unter Abänderung der oben erwähnten Ausschreibung beschlossen:

Für die letzte Juni-Woche sind die in der Ausschreibung erwähnten Mk. 4500,- sowie die für die übrigen Klassen genannten Sätze neben dem laufenden Beitrag besonders zu entrichten. Und weiter wird der Beitrag ab 1. Juli 1923 wie folgt festgesetzt:

Für Vollmitglieder und weibliche Mitglieder derjenigen Berufsgruppen, die unter Zentraltarifen stehen und die Mindestlöhne männlicher Mitglieder beziehen (A.-B. § 5, Abs. 1)	Mk 7000,- (rote Marke)
Für männliche Mitglieder der Porträtfotographie (A.-B. § 5 Abs. 1)	„ 3500,- (blaue „)
Für weibliche Mitglieder (A.-B. § 5, Abs. 1)	„ 2300,- (grüne „)
Für Halbmitglieder nach § 5, Abs. 2a der A.-B. zum Statut	„ 4700,- (braune „)
„ „ „ § 5, „ 2b „ „ „ „	„ 3500,- (gelbe „)
„ „ „ § 5, „ 2c „ „ „ „	„ 2300,- (grau „)
„ „ „ § 5, „ 3 „ „ „ „	„ 1750,- (violette „)
„ Mitglieder der Lehrlingsabteilung	„ 100,-

Der Lokalzuschlag, den die Mitgliedschaften erheben, ist auf der Beitragmarke nicht erkennlich. Die Ortsverwaltungen haben Sorge zu tragen, daß jedem Mitgliede durch Sonderstatut bekannt wird, daß der Lokalbeitrag mit dem Verbandsbeitrag ohne besonderen Ausdruck erhoben wird.

Die Beitragszahlung bei Kurzarbeit soll sich auf folgender Grundlage regeln:  
Der durch Kurzarbeit für vier Wochen im Juli entstandene Lohnverlust wird zusammengerechnet. Diese Summe wird bei Gehilfen im ersten Gehilfenjahre mit 230 000, bis zum 21. Jahre mit 270 000, von 21-24 Jahren mit 300 000 und über 24 Jahre mit 340 000 geteilt. Das sich hierbei ergebende Resultat nennt die Zahl der zu verwendenden Arbeitslosenmarken. Bruchteile, die unter der Hälfte der Teilungsziffer bleiben, finden keine Berücksichtigung. Über der Hälfte bleibende Bruchteile werden als ganze Arbeitslosenwochen angesehen.

In Rücksicht auf die Zurücklegung der Wartezeit und die Sicherung der Unterstützungsansprüche empfehlen wir den Kurzarbeitern, wenn irgend möglich, den Vollbeitrag zu entrichten.

Mit den erhöhten Beiträgen treten auch erhöhte Unterstützungen in Kraft. Die Unterstützungen im Monat Juli regeln sich auf der Grundlage für einen Beitrag von 4500,- Mark. Die einzelnen Unterstützungsätze bringen wir den einzelnen Mitgliedschaftsvorständen in einer Übersicht in unserem Rundschreiben Nr. 41 zur Kenntnis, die wir bei der Auszahlung zu beachten bitten.

Der Verbandsvorstand erwartet von allen Mitgliedern Verständnis für sein Verlangen, das zu erfüllen unbedingt notwendig ist.  
**Der Verbandsvorstand**

### Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Erhöhung des Verbandsbeitrages ab 1. Juli 1923. Der Beschluß des Verbandsbeirates. Der internationale sozialistische Arbeiterkongreß in Hamburg. Passive Resistenz der Unternehmer. -- **Allgemeines:** Neue Lohnabkommen. -- Neue Beiträge. Verbandstag des Österreichischen Senefelder-Bundes. -- **Photo-mechanische Fächer:** Pfingsttagung des Bundes der xylographischen Anstalten. -- **Die Tapetenbranche:** Ortsbericht Hildesheim, Formstecher. -- **Totenliste. -- Anzeigen.**

### Bekanntmachungen.

#### An alle Orts- und Gavourstände

ergingen im Laufe der Woche 4 Rundschreiben und zwar die Rundschreiben Nr. 38, 39, 40 und 41. Alle Rundschreiben enthalten außerordentlich wichtige Mitteilungen, die wir zu beachten bitten. Insbesondere ist darauf zu achten, daß Rundschreiben Nr. 39 als Grundlage für die Auszahlung von Unterstützungen durch Rundschreiben Nr. 41 ersetzt wird.

Sollten die Rundschreiben oder eines davon irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir um Mitteilung, damit Zustellung noch einmal erfolgen kann.

#### Der Verbandsvorstand.

### Tariffant für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

#### Elfter Nachtrag

zum Verzeichnis der den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe anerkennenden Firmen vom 1. Juni 1921.

#### Folgende Firmen sind nachzutragen:

- Kreis I, Bremen: Barkhausen & Döhrmann.
- Kreis II, Braunschweig: Jacobasch, Hermann, Lithogr. Anstalt und Steindruckerei.
- Kreis IV, Frankfurt a. M.: Gretschel & Ulbrich, A.-G.
- Kreis V, Freiburg: Lithogr. Kunstanstalt Döhler & Schorsy.

Queichheim b. Landau: Druckerei und Kartonnagenfabrik, G. m. b. H.

Stuttgart: Belsler, Chr., A.-G.

Kreis IX, Bischofswerda i. Sa.: Mothes, Adolf, Nachf.

Kreis X, Berlin: Barschall, L. M.

Cellu & Aero, Luxuskarten-Gesellschaft m. b. H.

Hermann, H. S., & Co.

Reisacher, Gustav.

Kreis XII, Köln-Ehrenfeld: Deutsche Bildkunst, G. m. b. H.

Krefeld: Gather, Heinrich, Buch- und Steindr.

#### Folgende Firmen sind zu streichen:

Kreis I, Hamburg: Martens, Friedr.

Kreis III, Elberfeld: Schulze & Wehrmann.

Wesel: Schwanhäuser, Gebrüder.

Kreis V, Gutach i. Breisgau: Gütermann & Co.

Kreis VI, Nürnberg: Appel & von Sazenhofen.

Kreis VII, Augsburg: Walch, Joh.

Freising: Datterer, Dr. F. P., & Co.

Kreis VIII, Piauven: Erler, Friedr.

Mittweida: Schneider, Otto.

Kreis X, Berlin: Müncheberg, Hans.

Vobach, W., & Co.

Kreis XI, Görlitz: Görlitzer Nachrichten und Anzeiger, A.-G.

Kreis XII, Köln a. Rh.: Kölner Dom-Verlag,

Priebe Co., G. m. b. H.

Berlin, den 18. Juni 1923.

I. A.: Alexander Czech, Geschäftsführer.

### Der Beschluß des Verbandsbeirates.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe vom 28. bis 30. Mai ist durch unsere Veröffentlichung allen Kollegen bekannt. Ebenso, wie wir dieses Ergebnis bewerten. Und die vorgenommene Abstimmung, die eine Ablehnung dieses Verhandlungsergebnisses ergab, zeigte, wie die Kollegschaft dieses Verhandlungsergebnis beurteilt. Aber mit einem solchen Urteil allein ist es nicht getan, zumal wenn es von so verschiedenartigen Gesichtspunkten aus gefällt worden ist, wie es die Ab-

stimmung erweist, und keinen einheitlichen Schluß zuläßt. Denn das Ergebnis der Abstimmung zeigt trotz seines ablehnenden Vetos mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß die übergroße Mehrheit der Kollegschaft auch heute noch auf dem Boden des Nürnberger Verbandsratsbeschlusses steht, nach dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Zentraltarife zu regeln sind. Auch heute noch steht die Kollegschaft fast restlos geschlossen auf dem Boden des Zentraltarifes; ihre Ablehnung galt deshalb nur diesem Tarife.

Vor dieser klaren und eindeutigen Willenskundgebung der Kollegen für zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stand der Verbandsvorstand, als er über das ablehnende Votum dieses Tarifes zu beraten hatte. Es gibt nur wenige Situationen in der Geschichte des Verbandes, die gleich schwierig waren. Wir haben als Organisation im Laufe der Zeit sicher schon vor manchen schwerer Entscheidung gestanden, aber nie war die Zukunft in so undurchsichtiges Dunkel gehüllt wie gerade jetzt. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch kann augenblicklich die Arbeiterschaft in die schwersten Kämpfe hineingerissen werden, in denen es „verschränkte Arme“ allein nicht tun. Wir nehmen an, daß unsere Kollegen als gute Klassenbewußte freie Gewerkschafter aus der proletarischen politischen Tagespresse über diese Dinge hinreichend informiert und auch bereit sind, wenn es sein muß, zur Abwehr ihre ganze Person einzusetzen. Hat man mit solchen Dingen zu rechnen, die unter Umständen die ganze Arbeiterschaft in einen Verzweiflungskampf hineintreiben, dann wäre es personifizierte Kurzsichtigkeit, wegen einiger verschlechterter Tarifpositionen die Kampffront der Arbeiter vorzeitig zu schwächen. Daß diese Kampffront der Arbeiter vorzeitig geschwächt worden wäre, wenn der Verbandsvorstand auf Grund des Abstimmungsergebnisses den Dingen in unseren Reihen ihren Lauf gelassen hätte, ist unschwer zu sagen.

Daß der Verbandsvorstand in solcher Situation den Verbandsbeitrag zu einer Entschlebung berief, kann nur die Zustimmung der gesamten Kollegschaft finden. Denn hier lag wirklich eine wichtige Frage zu entscheiden vor. Und der Verbands-

beirat entschied in seiner Sitzung am 17. Juni nach siebenstündiger sachlicher und sehr ernster Beratung. Wie eingehend alle Einzelheiten neben der Gesamtsituation geprüft worden sind, mag daraus erhellen, daß nicht weniger als 23 Redner ihren Standpunkt zur Sache darlegten. Vielleicht gerade daran, daß die ganze Aussprache sich nur auf dem Boden größter Sachlichkeit bewegte, vermögen die Kollegen zu erkennen, welche Last der Verantwortung auf den Schultern der Beiratsmitglieder lag.

Wie schon durch die Mitteilung des Verbandsvorstandes in voriger Nummer des Verbandsorganes bekannt ist, hat der Verbandsbeirat dem Verbandsvorstand Vollmacht erteilt, den Tarif für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, wie er nach den Beratungen vom 28. bis 30. Mai gestaltet ist, für alle in Frage kommenden organisierten Kollegen verbindlich zu unterzeichnen. Welche Gründe den Verbandsbeirat leiteten, in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Verbandsvorstand diesen Beschluß zu fassen, ist in einem Rundschreiben an alle Orts- und Gauverbände in ausführlicher Weise niedergelegt. Das Rundschreiben darum ersucht, die nächsten Zusammenkünfte der Mitgliedschaften dazu zu benutzen, über die Beweggründe des Beschlusses des Beirates und über die allgemeinen Zustände nach ihrer wirklichen Lage sich eingehend Aufklärung zu verschaffen, halten wir es für nicht im Interesse der Gesamtkollegenschaft liegend, diese Gründe zu Nutz und Frommen unserer wirtschaftlichen Gegner auf den Markt der öffentlichen Meinung zu bringen. Wir fühlen uns vielmehr verpflichtet, die Kollegen dringend darauf zu verweisen, diese Zusammenkünfte der Mitgliedschaft zu besuchen, damit allen Kollegen auch die durchschlagenden Gründe bekannt werden, die den Verbandsbeirat bei Fassung seines durchaus nicht leichten Beschlusses leiteten.

Obwohl weder Verbandsvorstand noch Verbandsbeirat bei Fassung dieses Beschlusses daran dachten, aus irgendwelchen diktatorischen Gründen dem durch die Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen der Kollegen keine Rechtskraft zu verleihen, liegt doch die Möglichkeit zu nahe, daß diese Frage bei den kommenden Aussprachen der Kollegen eine Rolle spielt und womöglich gar die sachliche Seite dieses Beschlusses ganz in den Hintergrund drängt. Um diese deplizierte, die Organisation tangierende Frage von vornherein auszuschalten, nur einige Worte.

Wir hoben schon hervor, daß die Abstimmung von den Kollegen durchaus nicht als ein Veto für oder gegen Tarife betrachtet worden ist. Im Gegenteil ist von der großen Mehrzahl der Ablehner einwandfrei bekundet worden, daß sie nur gegen diesen Tarif sind. Aber auch diese Bekundung wird durch die Ablehner insofern noch, ganz wesentlich eingeschränkt, als *nur einige Positionen dieses Tarifes* als unannehmbar bezeichnet werden. Aber die Meinungen darüber, welche abgeänderten Positionen von uns nicht zu tragen sind, gehen sehr weit auseinander. Ja, ein Teil der Ablehner hat nur gegen den Tarif gestimmt, weil ihre Verbesserungsanträge im Papierkorb verschwunden sind usw. So ergibt die objektive Prüfung der Abstimmungsergebnisse im Vergleich mit den eingegangenen Berichten über den Verlauf der Abstimmungsverhandlungen, daß in der großen Mehrzahl nicht die Betrachtung der Allgemeinerhältnisse bei Fällung des Vetos den Ausschlag gegeben hat, sondern zumeist in rein örtlichen Gründen die Ablehnung ihre Ursache hat. Aber von solchen Gründen, die bei rein örtlicher Betrachtung durchaus ihre Berechtigung haben, kann und darf sich eine *zentrale Leitung nicht leiten lassen*, denn ihre Aufgabe ist die *Wahrnehmung des Gesamtinteresses der Kollegen*. Da die Zentrallitung mit allen Kollegen in enger Fühlung steht, kennt sie auch alle Schmerzen der Kollegen und ist deshalb verpflichtet, den möglichen Mittelweg zu gehen. Naturgemäß löst dieser Mittelweg deshalb sowohl „Hosiana“ wie „kreuziget sie“ aus, weil so ein Teil der Kollegen gewinnt, der andere aber Opfer bringt. Da auch unsere Organisation, wie alle Teile der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Fundament der Solidarität beruht, ist es eben ihre erste Aufgabe, die schwächsten Teile der Bewegung am stärksten zu schützen.

Wo die schwächsten Stellen der kollegialen Front sind, läßt sich nur vom zentralen Beobachtungspunkt aus beurteilen und auch von hier aus nur die Mittel angeben, die zur Stützung dieser Stellen notwendig sind. Daraus ergibt sich, daß in der Front manche Maßnahme der Führung, weil der Gesamtüberblick nicht vorhanden sein kann, nicht so ganz richtig verstanden wird. Aber davon darf sich eine Führung, die wirklich auf diesen Titel Anspruch erhebt, nicht leiten lassen. Sie muß tun, was die Situation von ihr gebietet verlangt, denn in ihr liegt das Vertrauen der gesamten Kampfgemeinschaft, das darin kulminiert, das Ganze nicht zu Schaden kommen zu lassen.

Aber gerade darin, beim Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen das Ganze nicht zu gefährden, liegt die Aufgabe der Führung. Sie hat deshalb immer jede mögliche Auswirkung irgendeiner Maßnahme zu prüfen. Denn ihr ist es genommen zu sagen, wenn die ergriffene Maß-

nahme ins Gegenteil einschlägt: „Das habe ich nicht gewollt.“ Sie muß wissen, was auf eine Maßnahme logischerweise folgen muß. Sie kann sich also nicht, wie der Sprachgebrauch ist, der Verantwortung entziehen. Jede Führung muß die Verantwortung für ihr Tun tragen. Sonst ist sie eben keine Führung! Aus dem „Muß“ entspringt deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht für die Führung, alle Maßnahmen genau abzuwägen. Und unter Umständen auch sogar die Pflicht, entgegen den Wünschen der Kampfgemeinschaft zu handeln. Deshalb ist mit dem Prädiat „Führung“ auch zugleich der Begriff Unpopulartät untrennbar verbunden. Denn es wäre keine Führung, wenn sie anders handeln würde, als ihr die Verantwortlichkeit vorschreibt, auch wenn die Kampfgemeinschaft ein anderes Handeln stürmisch verlangt.

Es wäre eine vollständige Verkenning des vorstehend kurz angeschnittenen Problems, die mit entsprechenden psychologischen Momente vollständig außer Betracht zu lassen. Sie muß eine Führung natürlich auch beachten. Aber auch darüber zu schreiben und dieses Verhältnis zur Verantwortlichkeit darzulegen, würde den Rahmen dieser Betrachtung weit überschreiten. Warum Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in der konkreten Frage so handelten wie geschehen, ist im Rundschreiben mit wirklich guten, durchschlagenden Gründen belegt. *Auch wir stehen voll und ganz hinter dem Beschlusse der leitenden Verbandskörperschaften*, weil ein anderes Handeln in der gegebenen Situation einfach die Abschiebung der Verantwortung auf andere Schultern gewesen wäre. Das darf es in unsern Verbände nicht geben! Wenn schließlich auch einige der Kollegen die angegebenen Gründe nicht als so durchschlagend anerkennen können, wie sie die leitenden Verbandsinstanzen werten, die Verantwortung muß ihnen als Führung der Organisation bleiben! Das verpflichtet alle Kollegen, den gefaßten Beschluß des Verbandsbeirates zu respektieren und entsprechend zu handeln. ... wird die Organisation in ihrer Wirksamkeit nur auf das stärkste geschwächt und der Gegner hat den Vorteil. Man kann gegebene Situationen sicher verschieden einschätzen und deshalb verschiedene Mittel als im Augenblick besonders wirksam betrachten, aber dem Gegenüber gibt es nur eine geschlossene Front. Wer diese geschlossene Front verläßt, verletzt in nicht wieder-gutzumachender Weise die Gesamtinteressen der Kollegenschaft. Was unsere Führung tut, muß sich nach außen so auswirken, als wenn nur die Führung da wäre. Dann sind wir unüberwindlich.

## Der internationale sozialistische Arbeiterkongreß in Hamburg.

Die erhöhte Bedeutung, die die Gewerkschaften im allgemeinen und auch auf politischem Gebiet für die Arbeiterschaft gewonnen haben, führt leicht zu einer Verkenning und Mindereinschätzung des politischen Kampfes für das Proletariat überhaupt. Den Hamburger Kongreß wird man in seiner Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft nur dann richtig werten können, wenn man von Übersätzungen nach beiden Seiten hin frei ist. Die Gewerkschaften fast aller industriell entwickelten Länder haben schneller und freier als die politischen Arbeiterparteien den Weg zur internationalen Einigung nach dem Zusammenbruch durch den Krieg wiedergefunden. Genosse Oudegeest als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes betonte auch in seiner Begrüßungsansprache, wie viel wohl dem Proletariat an Rückschlägen erspart geblieben wären, wenn man sich auch politisch schon früher zusammengefunden hätte.

Mehr denn je bedürfen die wohl vorhandenen aber wenig verstandenen gemeinsamen Interessen der internationalen Arbeiterschaft der Stärkung durch gefühlsmäßige Impulse und politische Aufklärung. So hoch man den Wert der gewerkschaftlichen Machtmittel auch veranschlagen mag, so wenig sollte man sich darüber täuschen, daß sie nur mit einer starken politisch-parlamentarischen Bewegung voll zum Ausdruck kommen können.

Der Gesamteindruck des Kongresses war ein imposanter und bot auch dem von allen Illusionen freien Sozialisten ein unvergeßliches Bild. Trotzdem wird es gut sein, zu betonen, daß der Geist der Einigkeit und Einmütigkeit noch lange nicht den Ausdruck findet, wie man es sich eigentlich wünscht. Zuviel liegt noch zwischen den Völkern, zuviel wurde, wie Hilferding sehr treffend in seinem Referat bemerkte, in der Nachkriegszeit zwischen die Völker gelegt, um es mit einem Ruck beiseiteschieben zu können.

Wirtschaftliche Abschließung, neue Grenzen, neue Zölle und geistig eine vornehmlich in den Händen bürgerlicher Unternehmungen liegende Zeitungsberichterstattung sorgen dafür, daß möglichst wenige dazu kommen, über die eigenen Verhältnisse hinauszusehen. Trotzdem aber, oder gerade deshalb, war und bleibt Hamburg der Ausgangspunkt einer Entwicklung, für die die Arbeiterschaft alles, aber auch alles einsetzen muß, um nicht ein Spielball privater Interessen von irgendwelchen Unternehmer- oder Staatengruppen zu werden.

Organisatorisch ist die neue internationale nun geschaffen. Sie entstand gefestigter als früher, nur Trotz derer, die triumphierend ihren ewigen Untergang gefeiert hatten. Was nun not tut, ist, ihre Seele nicht verkümmern zu lassen, sich in sie einzuordnen, wie jeder Kollege im Verband sich dem allgemeinen Interesse seiner Klasse einordnet. Unsere deutschen Genossen werden da gut tun, besonders eifrig zu sein. So sehr die Organisation des Kongresses im allgemeinen anerkannt wurde, so wenig angenehm berührte die ständige Unruhe der zahlreichen deutschsprechenden Delegierten bei den Reden und Übersetzungen in die anderen zwei Kongresssprachen.

Stimmungsvoll und stark in der Wirkung war die Eröffnungsfeier. Die Fülle des Blumenschmucks, die gute Musik und die einzelnen Ansprachen (diese allerdings mit einer Ausnahme) ergaben einen hoffnungsvollen Auftakt. Die Schwerfälligkeit, die sich teils durch frühere Meinungsverhältnisse, teils durch die Sprachschwierigkeiten ergab, wich in den folgenden Verhandlungstagen einem Einvernehmen, das sogar einen Ausweg in der so verwickelten und wenig sympathischen tschecho-slovakischen Frage fand. Spontan brach dieses Einvernehmen durch, als nach Friedrich Adlers Ausführungen zu dem Statutenentwurf die gewandte Gestalt Paul Faure sich erhob und im Namen der französischen Delegation den Vorschlag machte, dem Entwurf einmütig zuzustimmen, ohne in eine Diskussion einzutreten. Kaum war diesem Vorschlag zugestimmt worden, als der ganze Kongreß sich erhob und nach dem Rufe Vanderveldes vive l'Internationale in die Internationale einstimmt.

Dieser Moment war einer der zwei Höhepunkte des Kongresses, dessen tatsächliche Arbeit in den Kommissionssitzungen dem nicht Beteiligten in vollem Umfang unbekannt blieb, der zweite Höhepunkt war der Tag, der die Referate Hilferdings und Léon Blums brachte. Wirtschaftlich und sachlich der eine, politisch und leidenschaftlich der andere, wirkten sie beide so stark, daß viele, die von ihrer Muttersprache nur wenig verstanden, wie gebannt zuhörten. Man kann auf diese beiden Referate wohl das eigene Wort Hilferdings anwenden, als er von der Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. sprach und sagte, „dort verstanden wir uns und einigten wir uns, weil wir als Sozialisten zusammensaßen.“

Das richtige Bewußtsein von der errungenen Freiheit kam den deutschen Genossen, als die Vertreter Rußlands, Italiens und Ungarns ihre Berichte gaben. Viel hätte diesen Berichten sicher hinzugefügt werden können, doch was gesagt wurde, war anschaulich genug, um zu zeigen, wie gefährlich es ist, sich allzusehr von den nächstliegenden Eindrücken der eigenen Not gefangen nehmen zu lassen.

Für uns in Deutschland, und gerade jetzt in den Momenten politischer Hochspannung mehr denn je, erwächst die Pflicht, aus der Organisation den Geist der Internationale zu formen, den Geist, der frei von Utopismus aus der Kultur der Menschheitsgeschichte zur geistigen und materiellen Freiheit führt. *Rolf Reventlow.*

## Passive Resistenz der Unternehmer.

Mit großem Behagen wurden im „Deutschen Steindruckgewerbe“ meine Ausführungen über die passive Resistenz in Nr. 13 der „Graphischen Presse“ zitiert, um dabei das eigene Licht der Verdragstreue recht hell leuchten zu lassen und das der Gehilfen zu verdunkeln. Über die im gleichen Artikel enthaltenen Elendsziffern der Entlohnung und über die Frage des Papier- und Farbwuchers schweigt sich das Unternehmerorgan wohlweislich aus. Auf die ersten weis es nichts zu entgegnen und die zweite? Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus.

Besonderes Geschick glaubte der Verfasser zu entwickeln, wenn er den „Eigentumsbegriff“ in die Debatte warf. Es heißt da wörtlich:

„Die Anwendung der passiven Resistenz bedeutet einen unberechtigten Eingriff in das Eigentum des Unternehmers. Wie man daher die Anwendung der passiven Resistenz für das „höchste Maß der gewerkschaftlichen Erzielung“ ansehen kann, ist nur für den verständlich, der keine richtige Vorstellung von dem Eigentumsbegriff hat. Wenn die Arbeitgeber sich einmal unterstehen sollten, auch nur andeutungsweise in ihrer Presse zu einer Beschädigung des dem Arbeiter gehörenden Eigentums aufzufordern, so würde mit Recht ein Entrüstungsturm in der Gewerkschaftspresse ausbrechen.“

Die Unterstellung, die der Verfasser mir macht, will ich ihm schenken. Wer aber so etwas schreiben kann wie den letzten zitierten Satz, der geht wirklich mit verschlossenen Augen durch die Welt, der sieht nicht, wie stündlich und täglich das Unternehmertum sich am Eigentum des Arbeiters vergeißt; und zwar an dem einzigen Eigentum, das der Arbeiter bald nur mehr besitzt, am Leben. Für den Sehenden hat es die drastischen Erläuterungen der Gegenwart nicht bedurft, in welcher Elendslöhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die ganze Herrlichkeit dieser gottge-

wollten Ordnung mit ihrem eigenartigen „Eigentumsrecht“ so entsetzlich in Erscheinung treten lassen. Heilig ist das aufgehäufte Eigentum der Besitzenden, wenn nur das nicht angetastet und geschmälert wird, mögen darüber Hunderttausende zugrunde gehen. Wir brauchen darüber keine Entrüstung, wir kennen die Zusammenhänge dieser Wirtschaft und wissen, daß nur durch Umstellung derselben in die sozialistische das Übel zu beiseitigen ist.

In dem Artikel in Nr. 13 der „Graphischen Presse“ verglich ich — als Fortsetzung der Ziffern in Nr. 6 — wie sich unsere Löhne zum Existenzminimum verhalten. Am 17. 3. hätten sie um 39 Prozent höher sein müssen. Im April und Mai ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Am 18. 4. waren es 41 Prozent, am 16. 5. waren es 53 Prozent und am 6. Juni fehlten über 70 Prozent. Ist das nicht Raub, schlimmster Raub, wie ihn noch kein Zeitalter gesehen hat?! Die Folge ist Unterernährung und damit verbunden Rückgang der Leistung. Dann kann man so herrlich in Entrüstung machen über die Faulheit der Arbeiter und über passive Resistenz derselben. Wäre es denn wirklich so ungerecht, wenn der Arbeiter dazu überging, die Lieferung der Ware Arbeitskraft genau dem Gegenwert anzupassen, den er dafür bekommt? Da würde es sehr schlimm aussehen in der deutschen Wirtschaft, wenn sich die Arbeiter dieses kapitalistische Prinzip zu eigen machen würden. Nicht durchschnittlich 80 Prozent, sondern höchstens 40 Prozent der Friedensleistung wäre erreicht. Und da frage ich: Wer übt immerfort passive Resistenz, wer tut es ohne darüber zu sprechen und zu schreiben? Das Unternehmertum in seiner Gesamtheit.

Die Praxis der Unternehmer in unserm Gewerbe beweist das auf das Deutlichste. Geheime Rundschreiben über die „Auslegung“ des Tarifvertrags seien nur im Vorbeigehen erwähnt. Ist es etwas anderes als passive Resistenz, wenn Unternehmer mit Kurzarbeit drohen und durchführen, wenn die Gehilfen in irgend einer Frage nicht willfährig sind? Das heißt doch die Produktion einschränken, um den anderen müde zu machen. Oder was ist es anderes als passive Resistenz, wenn die Unternehmer die Lohnverhandlungen durch leere Ausreden verschleppen. Ein geradezu klassisches Beispiel hierfür bieten die Lohnverhandlungen am 9. Juni. Vorher haben die Unternehmer erklärt, keine Abmachungen treffen zu können, ehe nicht die der Buchdrucker vorliegen. Als es so weit war, konnten sie die Verantwortung für die „ungeheuerliche“ Höhe nicht übernehmen, sie mußten erst ihre Kreisvertreter fragen. Als von unserer Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dadurch Unruhe in die Betriebe hineinkomme, erwiderten sie, das ist nicht so schlimm, außer in Berlin sei nichts zu merken. Das ist doch geradezu eine Aufforderung an die Gehilfen, in solchen Situationen möglichst unruhig zu sein, um in die Lohnverhandlungen ein flotteres Tempo hineinzubringen. Aber die Herren sind — verlegen um Ausflüchte. Ist es infolge ihres Verhaltens wirklich irgendwo zu Differenzen gekommen, dann klagten sie über tarifwidriges Verhalten der Gehilfen, verlangten vor Eintritt in Lohnverhandlungen die Wiederherstellung geordneter Zustände und ihre Verschleppungstaktik war glänzend gerechtfertigt.

Geradezu auffällig springt ins Auge, daß bis Ende Mai Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Gewerbe zugenommen hat und seitdem ein Umschwung in der Konjunktur eingetreten ist. Läßt das nicht die Vermutung Raum, daß man im Unternehmerlager die Zeit nach den Tarifberatungen bestimmt hat, um die künstlich eingeschränkte Produktion wieder in Gang zu bringen?

Nicht ganz in dieses Gebiet gehören andere Maßnahmen der Unternehmer zum Schaden der Gehilfen. Wie oft konnten wir in den letzten Monaten beobachten, daß die Kurzarbeit nicht zur Streckung der Arbeit eingeführt wurde, — wie es der Sinn der Demobilisierungsverordnung ist, — sondern zu dem Zweck der Entlassung von Arbeitern. Ist es der „Geist des Tarifvertrags“, wenn kurz vor den Feiertagen Kurzarbeit eingeführt wird, um die Gehilfen, gestützt auf ein Rundschreiben der Arbeitnehmerorganisation, um einen Teil der Feiertagsbezahlung zu prellen?

Doch all diese Tatsachen werden es nicht verhindern, daß die Unternehmer sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als die Beschützer des Gewerbes aufspielen und als diejenigen, die den Geist des Tarifvertrags vollständig in sich aufgenommen haben.

Meinen Ausführungen in Nr. 13 der „Graphischen Presse“ habe ich nichts hinzuzufügen und nichts hinwegzunehmen. Solange es Unternehmer und Arbeiter gibt, werden wir uns nicht abhalten lassen Maßnahmen zur Verbesserung unserer Lage zu diskutieren und durchzuführen. Ob und in welchem Maße sie durchgeführt werden, hängt vom Verhalten des Gegners ab, denn wir haben gelernt, ihn nach seinen Taten und nicht nach seinen Worten zu beurteilen. Ch. Farkel.

# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Neue Lohnabkommen. — Neue Beiträge.

Wie wir schon mitteilten, erfolgte die Kündigung der laufenden Lohnabkommen mit der Forderung auf neue Verhandlungen, die für das **Chemigraphie-, Kupferdruck- und Lichtdruckgewerbe am 21. und 22. Juni** und für das **Lithographie- und Steindruckgewerbe am Sonntag, den 24. Juni**, gepflogen wurden. Der Buchdruck hatte mit einem Spitzenabschluß von 160.000 Mark vorgelegt. Da die Gehilfenvertreter in dem Buchdruckabschlusse das Mindeste sahen, um was die Lohnzahlen gesteigert werden müssen, waren die Unternehmer über diesen Satz nicht hinauszufringen. Im Gegenteil glaubten die Unternehmer des Steindruckgewerbes unter diesem Satze bleiben zu müssen, weil ja nach der Ansicht der Gehilfenvertreter die 48. Stunde extra mit Überstundenzuschlag zu bezahlen sei. Schon bei den vorhergehenden Verhandlungen hatte nämlich die Bezahlung der 48. Stunde als Überstunde eine Rolle gespielt. Die Unternehmer sind der sonderbaren Ansicht und glauben ihre Ansicht durch komplizierte Rechnungen als richtig erweisen zu können, daß alle jetzt zum Abschluß kommenden Steigerungen der Lohnzahlen durch 48 zu teilen sind und nur der auf ein Achtundvierzigstel entfallende 25 prozentige Zuschlag als Steigerung für die Leistung der 48. Stunde zu vergüten sei. Dieser Definition der getroffenen Vereinbarung konnten die Gehilfenvertreter keinstalls beitreten. Um jegliche Mißbilligkeit in der jetzt an sich stark bewegten Zeit zu vermeiden, wurde eine Vereinbarung dahingehend erzielt, eine neutrale Stelle über den Sinn der getroffenen neuen Vereinbarung entscheiden zu lassen mit der Maßgabe, daß diese Entscheidung für beide Vertragsparteien bindend sein soll. Ohne irgend einen Widerspruch zu finden, wurde als diese neutrale Stelle das Reichsarbeitsministerium bezeichnet. Da eine baldige Klärung der strittigen Frage im Allgemeininteresse liegt, wird jedenfalls dieses Schiedsgericht bald berufen. Wir werden dann über den Fortgang der Angelegenheit schnellstens berichten.

Nachfolgende Vereinbarungen, die rund eine Steigerung von 90 Prozent bringen, wurden abgeschlossen für die Zeit vom **23. Juni bis 6. Juli**.

### Lithographie- und Steindruckgewerbe:

Es erhalten Gehilfen in Ortsklassen:

	I u. II	III	IV	V
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
im 1. Gehilfenj.	96640	103040	107520	112000
bis zum 21. Jahr	111360	117760	122880	128000
vom 21.-24. Jahr	126080	132480	138240	144000
über 24 Jahr	140800	147200	153600	160000

Die Lehrlinge erhalten folgende Erhöhung des Kostgeldes:

im 1. Lehrjahr	8698	9274	9677	10080
im 2. Lehrjahr	11136	11776	12288	12800
im 3. Lehrjahr	13869	14573	15206	15840
im 4. Lehrjahr	16896	17664	18432	19200

Im **Chemigraphie-, Kupfer-, Tief- und Lichtdruck** erhöhen sich die am 22. Juni gezahlten Wochenlöhne um:

im 1. Gehilfenjahr	113000 Mark,
bis zum 21. Jahr	130000 Mark,
vom 21. bis 24. Jahr	146000 Mark,
über 24 Jahr	162000 Mark.

Die Kostgeldsätze der Lehrlinge betragen insgesamt:

im 1. Lehrjahr	21000 Mark,
im 2. Lehrjahr	26000 Mark,
im 3. Lehrjahr	32000 Mark,
im 4. Lehrjahr	45000 Mark.

Daß bei solchen Zahlensteigerungen, die zwar hoch erscheinen, aber der eingetretenen Teuerung entsprechend noch zu niedrig sind; für den Monat Juli angesetzte Verbandsbeitrag mit 4500 Mark die Woche für Vollmitglieder vollständig unzulänglich ist, bedarf keines Beweises. Es ist deshalb eine weitere Erhöhung des Verbandsbeitrages eingetreten, deren Einzelheiten aus der Ausschreibung des Verbandsvorstandes ersichtlich sind. Da unserer Meinung nach die Mindestlöhne in nächster Woche weiter erhöht werden müssen, dürfte auch mit einer weiteren Erhöhung des Beitrages ab 15. Juli zu rechnen sein.

## Verbandstag des Österreichischen Senefelder-Bundes.

Es entspricht einer alten Tradition, daß die deutschen und österreichischen Kollegen nicht nur gute Freundschaft miteinander halten, sondern auch organisatorisch sich einander anlehnen. Auch bei den gewerkschaftlichen Kämpfen in den beiden Ländern war es selbstverständlich, daß eine Organisation die andere stützte. Infolge des Krieges ist aus dieser Kampfgemeinschaft ein so engere Freundschaftsverhältnis geworden, als die Kollegen beider Länder unter der großen Not zu leiden

haben. So war es selbstverständlich, daß der Verbandsvorstand auch in diesem Jahre der Einladung zur Generalversammlung entsprach und seinen Vorsitzenden mit der Vertretung betraute.

Die Generalversammlung der österreichischen Bruderorganisation fand am 10. Juni d. J. in Wien statt. Der Verband zählt gegenwärtig 5000 Mitglieder und umfaßt in der Hauptsache die Gruppe unseres deutschen Verbandes, zu denen die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die Geldzähler in Banken und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenhülensindustrie hinzugezogen sind. Die große Zahl der Mitglieder ist in Wien beschäftigt. Auf dem Verbandstag waren 45 Delegierte und 3 Gäste anwesend. Neben dem Kollegen Haß vom deutschen Verband war der Kollege Merthe von der Graphischen Union aus der Tschecho-Slowakei und der Vorsitzende der österreichischen Buchdrucker erschienen.

Den Bericht des Zentralausschusses (Verbandsvorstand) erstattete Kollege Mühlberger, der seit 30 Jahren Vorsitzender des Verbandes ist. Er begann sein Bericht damit, daß er in einiger Verlegenheit sei über große und wichtige Dinge zu berichten. Die frühere Haupttätigkeit der österreichischen Gewerkschaften ist durch die sozialpolitische Gesetzgebung fortgefallen. Die Arbeitszeit, der Urlaub und eine Reihe anderer Fragen sind durch Gesetze für alle Arbeiter und Arbeiterinnen geregelt. So hatten die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren in der Hauptsache den Lohn zu regeln. In Österreich ist schon vor einem Jahre in recht kurzen Zeitperioden verhandelt worden. In jeder Nummer der „Graphischen Nachrichten“ wurde über 1 bis 4 Lohnbewegungen berichtet. Die graphischen Verbände verhandeln in Österreich gemeinsam. Es sind dort nicht vier Organisationen wie bei uns, sondern drei, da die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen dem österreichischen Senefelderbund angehören. Die Löhne bewegen sich zwischen 328 000 bis 550 000 Kronen. Während die Buchdrucker im allgemeinen nach den tariflichen Sätzen mit geringer Überzahlung entlohnt werden, herrscht bei den Lithographen und Steindruckern und Chemigraphen der Leistungslohn vor. In Ausnahmefällen wird selbst der Qualitätslohn von 550 000 Kronen noch überschritten. Die Verhandlungen gestalten sich ebenso schwierig wie bei uns, da die kleinen Unternehmer die hauptsächlichsten Wortführer bei den Verhandlungen sind und sich besonders auf die deutsche Konkurrenz berufen. Eine wesentliche Besserung der Lohnverhältnisse ist seit dem letzten „Hungerstreik“ im August bis September 1922 eingetreten. Er wurde 14 Tage mit Unterstützung der gesamten österreichischen Arbeiterschaft und der Internationale durchgeführt. Bei diesem Kampf konnte keine der beiden Parteien einen Sieg erringen. Er hatte aber insofern sehr gute Wirkungen als sowohl Gehilfen wie Unternehmer durch die großen beiderseitigen Opfer die Grenzen ihrer Macht erkennen mußten. Gegenwärtig herrscht im allgemeinen ein Stillstand der Preisentwicklung. Die Existenzfrage ist negativ. Trotzdem ist bisher kein Lohnabbau erfolgt, da dieser erst nach den vertraglichen Bestimmungen bei 25 Prozent Preissenkung stattfinden kann. Kollege Mühlberger berichtete über diese ganzen Schwierigkeiten und fand damit lebhafteste Anerkennung bei dem Verbandstag. Es war keine Opposition vorhanden und es wurde auch keine Kritik an der Tätigkeit der Zentrale geübt, da jeder anerkennen mußte, daß die Zentrale nach Maßgabe der Kräfte ihre Schuldigkeit getan hatte. Nach wie vor wurde an der zentralen Regelung der Lohnverhältnisse festgehalten.

Unter dem Geschäftsbereich entspann sich dann noch eine besondere Debatte über den Antrag des Buchdruckerverbandes, ein Offsetabkommen zu schaffen, wie es zwischen den deutschen Bruderverbänden durch Beschluß des letzten Verbandstages geschaffen ist. Da die Entwicklung noch nicht so weit vorgeschritten ist, wie in Deutschland, lehnten die Steindrucker jedes Entgegenkommen an die Buchdrucker ab. Nachdem Kollege Haß die deutschen Verhältnisse erläutert und die soziale, technische und organisatorische Seite des deutschen Offsetabkommens dargelegt hatte, einigte man sich sehr schnell dahin, daß dem neuen Zentralausschuß Vollmacht erteilt wurde, die Dinge weiter zu beobachten und zu studieren und unter gleichen Voraussetzungen ein ähnliches Abkommen zu tätigen, wie es in Deutschland besteht.

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Prechtl. Auch die Organisation rechnet mit Millionen Beträgen; doch haben diese bei der Geldentwertung ebensowenig Stoßkraft wie gegenwärtig in Deutschland. Beiträge und Unterstützungen sind beweglich gestaltet. Die Darlegung im einzelnen würde in einem kurzen Bericht zu weit führen. Von den 5000 Mitgliedern waren Ende Januar 1000 arbeitslos vorhanden. Sie erhalten 13 Wochen hindurch zentrale Unterstützung und in den einzelnen Städten durch lokale Sondersteuer noch einmal dieselbe Unterstützung auf weitere 13 Wochen. Der Geld- und Zinsendwert unterliegt denselben Schwierigkeiten wie bei uns. Nach Erörterung einiger organisatorischer Angelegenheiten fand die Generalversammlung einen harmonischen Abschluß.

In einer Versammlung der Wiener Kollegen-schaft hielt der Kollege Haß einen Vortrag über

die Stellung der deutschen Gewerkschaften, ihrer Stellung zur Republik, zu den Reparationsleistungen und zu den Kämpfen um den Achtstundentag und den Lohn. Auch diese Zusammenkunft und Aussprache dürfte zu dem gegenseitigen Verstehen wesentlich beigetragen haben.

## Die photomech. Fächer.

### Pfingsttagung des Bundes der Xylographischen Anstalten Deutschlands.

Während der Pfingstfeiertage trafen sich, so berichtet der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“, die Delegierten dieses Bundes in Marburg (Lahn) zur Hauptversammlung. Die Tagung war besichtigt aus Berlin, Leipzig, Dresden, Hannover, Nürnberg, Stuttgart und Rheinland-Westfalen. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß der Zusammenschluß der Berufsangehörigen gute Fortschritte macht. Der auf der vorjährigen Hauptversammlung aufgestellte Tarif über die Verkaufspreise hat sich gut bewährt, es ist damit endlich eine gewisse Ordnung und Einheit in das Berechnungswesen der Holzschnitte gekommen. Die Versammlung befahl sich dann mit der Neuberatung der Statuten, welche zeitgemäß umgestaltet wurden. In der darauffolgenden Aussprache wurde besonders auf die Modernisierung des Holzschnittes verwiesen, welcher bei entsprechender Anwendung als sehr gutes und preis-

wertes Reproduktionsmittel bezeichnet wurde. Durch entsprechende Propaganda unter den Verbrauchern will der Bund verlorene Gebiete zurückgewinnen, um so diesem Kunsthandwerk wieder die Stellung einzuräumen, die ihm in der Graphik gebührt. Durch die Hebung des Gewerbes sollen auch die verlorengegangenen und in andere Gewerbe übergetretenen Kräfte der Berufsangehörigen wieder gesammelt werden, um ihnen in ihrer erlernten Kunst ein auskömmliches Dasein zu sichern. — Mit der Versammlung selbst war eine Ausstellung xylographischer Erzeugnisse verbunden, die Zeugnis ablegte von gutem Schaffen, und hoffnungsvolle Ansätze für eine Modernisierung durch Schwarzweißkunst im Holzschnitt zeigte. Als erwünscht wurde es bezeichnet, alle Zweige der Klischeehersteller zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuschließen. — Für die Zukunft sind Wanderausstellungen vorgesehen. — Der Bundesvorstand wurde wiedergewählt, erster Vorsitzender ist Herr Karl Nagel, Berlin S 42.

## Die Tapetenbranche.

### Ortsberichte.

**Hildesheim, Formstecher.** Am Montag, den 13. 6. fand unsere fällige Monatsversammlung statt, welche von fast sämtlichen Mitgliedern besucht war. Da am selben Tage hier die Lohnverhandlungen stattfanden, hatten wir Gelegenheit am Versammlungsende das Ergebnis auch zu hören. Von seiten des Verbandsvorstandes gab in Kürze

den Bericht Kollege Herbst. Das Resultat entsprach nicht den Erwartungen der Kollegen. Das Entgegenkommen der Unternehmer war bis in die späte Abendstunde ein sehr geringes. Mit Angeboten, die in keinem Verhältnisse zu der Lebenslage der Kollegen stehen, mußten sich unsere Vertreter herumstrahlen! Wir hatten fest gehofft, in der neuen Lohnhöhung einen Ausgleich für die rückliegenden Wochen zu erhalten, aber weit gefehlt; die Lage des Berufes konnte die Belastung nicht tragen. Der altbekannte Schlager! Infolge der vorhandenen Auslandsaufträge ist wirklich von einer schlechten Geschäftslage nicht zu reden, und die Verdienste der Unternehmer sind so, daß die Unternehmer höhere Löhne zahlen können. Die Kollegen fordern deshalb ihren entsprechenden Anteil an der günstigen Lage des Gewerbes, weil ihnen gewiß ist, daß sie auch im umgekehrten Falle ihren Anteil tragen müssen. Die Kollegen erkennen die Bemühungen unserer Vertreter voll auf an, verurteilen aber scharf die Zugewöhnlichkeit der Unternehmer, die sich noch immer nicht zu einer ausreichenden Entlohnung bequemen wollen, um den Gehilfen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Bei einigermaßen gutem Willen der Unternehmer könnte ein besserer Lohnverbund werden.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß in Zukunft der Teuerung entsprechend ein höherer Lohn vereinbart werden muß, daß endlich ein Ausgleich geschaffen wird. Die Kollegen erwarten, daß die Unternehmer bei der nächsten Verhandlung mehr Einsicht zeigen, damit der Formstecher einen Lohn erhält, der ihn in den Stand setzt, auch ein menschliches Dasein führen zu können.

# TOTENLISTE

1923.

- † Am 31. März in Stuttgart **Rudolf Maugweiler**, Lithogr. aus Hagenbuch, Kanton Zürich (Schweiz), 79 J. alt, an Altersschwäche u. Herzschlag, Invalide seit 28. Jan. 1906. — Eingetret. in Stuttgart am 1. September 1878.
- † Am 2. April in Stettin **Franz Golisch**, Steindr. aus Fürstenfelde, 66 J. alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetr. in Stettin am 1. April 1889
- † Am 3. April in Offenburg i. Bad. **Albert Klein**, Steindr. aus Ramersweier, 49 J. alt, an den Folgen einer im Kriege zugezogen. Gasvergiftung, krank 38 W. u. 2 Tg. — Eingetr. in Offenburg i. Bad. am 11. Dezember 1921.
- † Am 19. April in Dresden **Richard Löbner**, Chemigr. aus Döbeln, 47 J. alt, an Rheumatismus, krank 23 W. — Eingetr. in Dresden am 8. Juli 1901.
- † Am 21. April in Berlin **Otto Rosmarin**, Chemigr. aus Graz, 47 J. alt, an Rückenmarks. hwindsucht, Invalide seit 1. April 1923. — Eingetr. in Berlin am 1. Septbr. 1902.
- † Am 26. April in Berlin **Albert Weidemann**, Lithogr. aus Berlin, 58 J. alt, an Magenkrebs, krank 13 W. u. 4 Tg. — Eingetr. in Berlin am 2. Juni 1901.
- † Am 27. April in München **Franz Pickart**, Steindr. aus München, 41 J. alt, an Lungentuberkulose, krank zuletzt 3 Tage. — Eingetr. in München am 5. Dezember 1915.
- † Am 28. April in Brandenburg **Fritz Filtner**, Steindr. aus Brandenburg, 19 J. alt, an den Folgen eines Unglücksfalles beim Turnen, krank 1 W. u. 4 Tg. — Eingetr. in Brandenburg am 3. April 1921 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 1. Juli 1917).
- † Am 30. April in Buchholz i. S. **Martin Schlegel**, Steindr. aus Cunersdorf b. Buchholz i. S., 55 J. alt, an Leberschrumpfung, krank zuletzt 1 Woche und 1 Tag. — Eingetret. in Buchholz i. S. am 3. August 1919.
- † Am 3. Mai in Leipzig **Fritz Sorge**, Lithogr. aus Leipzig-Anger, 33 J. alt, an Zuckerkrankheit, krank 4 W. u. 5 Tg. — Eingetr. in Leipzig am 5. April 1908.
- † Am 4. Mai in Leipzig **Aloys Stempel**, Lichtdr.-Retusch. aus Köln a. Rh., 64 J. alt, an Gelenkrheumatismus u. Herzschwäche, krank 4 Wochen. — Eingetret. in Chemnitz am 1. Juni 1886

† Am 6. Mai in Berlin **Rudolf Reihstein**, Steindr. aus Berlin, 44 J. alt, an Brustfellentzündung, krank 7 W. u. 3 Tg. — Eingetr. in Berl. am 23. Febr. 1919

† Am 11. Mai in Düsseldorf **Julius Gutersohn**, Steindr. aus Wesel, 70 J. alt, an Asthma und Lungenleiden, Invalide seit 16. Juni 1912. — Eingetret. in Düsseldorf am 1. Januar 1893.

† Am 12. Mai in Kiel **August Moeller**, Steindr. aus Stralsund, 55 J. alt, an Herzleiden, Inval. seit 26. Novbr. 1906. — Eingetr. in Kiel am 15. Oktbr. 1888.

† Am 14. Mai in Bautzen **Ernst Töpfer**, Steindr. aus Seidau bei Bautzen, 46 J. alt, an Herz- u. Magenleiden, krank 9 W. — Eingetret. in Bautzen am 27. April 1903

† Am 16. Mai in Bremen **Karl Busse**, Lithogr. aus Bremen, 26 J. alt, an einer in Kriegsgefangenschaft zugezogenen Lungenkrankheit, krank 66 Wochen. — Eingetret. in Bremen am 20. Juni 1920.

† Am 23. Mai in Berlin **Wilhelm Schider**, Steindr. aus Berlin, 74 J. alt, an Arterienverkalkung u. Schlaganfall, Invalide seit 16. Mai 1914. — Eingetret. in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 24. Mai in Coswig i. S. **Oswald Hieke**, Formstech. aus Bergwerk b. Meißen, 24 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 44 W. — Eingetr. in Coswig i. S. am 14. Dezbr. 1919 (vorh. Mitgl. d. Lehlr.-Abt. seit 13. September 1916)

† Am 24. Mai in Berlin **Gustav Rönnspleß**, Steindr. aus Berlin, 66 J. alt, an Lungenentzündung und Schlundverengung, Invalide seit 4. Juli 1922. — Eingetret. in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 27. Mai in Dresden **Curt Franke**, Steindr. aus Bautzen, 56 J. alt, freiw. aus d. Leben gesch. durch Erhängen. — Eingetr. in Dresden am 21. Juli 1896.

### Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, aus von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalia (Rufnamen, Oeburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Vorstand.**

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt einen jüngeren  
**tüchtigen Aufzeichner**  
Mr dauernde Beschäftigung. **Germania Linoleum-Werke A.-G., Bietigheim b. Stuttgart**

Wir suchen zu möglichst sofortigem Eintritt einige tüchtige erfahrene  
**Offset-Ätzer**  
Dauerstellung geboten. **E. Schreiber, (l. u. m. b. H., Stuttgart.**

**Einige tüchtige Farbfätzer**  
für sofort oder später in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten an  
**Gustav Dreher, Kunstanstalt, Stuttgart, Immenhoferstraße 23**

**Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6**  
**Bronzearben- und Aluminiumpulver-Werke**  
Telegraphenadresse: Fortuna Fürth/Bayern  
Gratismuster auf Wunsch  
**Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“**

**Handgeschöpfte Büttelpapiere**  
garantiert reine Fasern, luftgetrocknet, der  
**Papierschöpferei Bedenk**  
nur durch **Dr. Max Reichmann, Berlin NW 23.**

Flotter und erstklassiges Arbeiten gewöhnter  
**I. Strichätzer**  
in Dauerstellung gesucht  
**Polygra. Hlk, Freiburg i. B., Wasserstr**

**Nach Holland**  
Tüchtiger  
**Zeichner-Retuscheur**  
gesucht für kleine Anstalt.  
**Cliché-Fabrik „MODERN“, st Mariastraat 1 ROTTERDAM.**

Flotter und tüchtiger  
**Andruher**  
für Schwarz- und Farbdruck, möglichst unerschütterl. per gleich gesucht. Ausführliche Erwerbungen an  
**Steinmetz & Co., Klischeefabrik, Hannover.**

Leicht wird der  
**Zinkdruck**  
wenn Sie  
**Zinkdruckplatten**  
von **Karl Mess** verwenden  
**BERLIN S O 36, Wienerstr. 50**  
**PERNHUP. MORITZPLATZ, 12289**

**Fachliteratur!**  
**Das Tauschieren und Ätzen der Metalle**  
Preis inkl. Porto und Nachnahme 3500.— Mark

**DER PRAKTISCHE UMDRUCKER**  
von Bernhard Enders  
Preis inkl. Porto und Nachnahme 2600.— Mark  
**Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.**